

# Amherds Skandaltruppe

- 02.11.2023
- Die Weltwoche
- Hubert Mooser

Der Zeitpunkt war sorgfältig gewählt: Zu Beginn jener Woche, in der die Medien noch intensiv mit Wahlanalysen beschäftigt waren, liess Bundesrätin Viola Amherd (Mitte) eine Bombe platzen. In einer lapidaren Medienmitteilung verkündete ihr Verteidigungsdepartement (VBS), dass der designierte neue Staatssekretär für Sicherheitspolitik, der altgediente Diplomat Jean-Daniel Ruch, seine Stelle nicht antreten werde. Ruch war bei der sogenannten Personensicherheitsprüfung durchgefallen. Diese erfolgte kurioserweise erst nach seiner Ernennung, was die Verteidigungsministerin nun schlecht aussehen lässt.

Schlimme Gerüchte Sie hatte bei der Präsentation am 15. September vor den Medien in Bern noch in höchsten Tönen von ihrem neuen Supersicherheitschef geschwärmt. «Er weist einen Leistungsausweis im nationalen wie im internationalen Umfeld aus, mit denen er die Anforderungen für die Funktion als Staatssekretär vollumfänglich erfüllt», las sie Wort für Wort von einem Blatt ab. Was für eine Blamage, jetzt, nachdem sich herausgestellt hat, dass ihr Protege ungeeignet In Bern erzählt man sich, es gehe insbesondere um eine Liaison mit der Mitarbeiterin eines Geheimdienstes. ist für dieses hohe Amt.

Schlimmer noch: Offensichtlich wiegen die Bedenken derart schwer, dass Ruch auch seinen Job als Botschafter in Ankara auf Ende Jahr niederlegen und zu Beginn des Sommers 2024 sogar den Dienst im Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ganz quittieren wird. Verständlicherweise schiessen die Gerüchte ins Kraut, was er sich Schlimmes habe zuschulden kommen lassen. Der Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer wies früh auf die grosse Nähe Ruchs zur Terrororganisation Hamas hin, zu der er als Botschafter in Israel Kontakte knüpfte. Zum Verhängnis wurden ihm aber offensichtlich vor allem Frauengeschichten. In Bern erzählt man sich, es gehe insbesondere um eine Liaison mit der Mitarbeiterin eines Geheimdienstes.

Die Wahrheit kann aber nur Ruch selber sagen, der sich dazu öffentlich nicht äusserte und in Deckung ging. Mythos von der Volksnahe Dafür gerät jetzt Amherd selber stärker ins Schussfeld der Kritik - in einem für sie ungünstigen Moment. Im Dezember soll sie vom neuen Parlament zur Bundespräsidentin für das Jahr 2024 gewählt werden. Das Wallis will diese Wahl mit einem gewaltigen Fest zelebrieren, mit budgetierten Kosten um die 350000 Franken. So viel wurde in der Schweiz noch nie für den Empfang eines Bundespräsidenten ausgegeben.

Schon allein deswegen rümpfen viele die Nase. Nun kommt noch die verpatzte Personalie Ruch dazu. Bereits hört man von einzelnen Parlamentariern, dass sie bei der Bundespräsidentenwahl im Dezember mit einem schlechten Resultat abgestraft werden könnte, wie Bundespräsident Alain Berset (SP) vor einem Jahr. Beliebt ist Amherd zwar weiterhin im Volk, wohl wegen ihrer etwas burschikosen Art. Denn so etwas wie volksnah war die Oberwalliserin nicht einmal, als sie Stadtpräsidentin von Brig war.

Bei ihrer Wahl 2018 wurde sie von den Medien zur grossen Hoffnungsträgerin hochgeschrieben. Aber diese Fassade hat inzwischen Risse bekommen. Auch sind die Zeitungskommentare seit einiger Zeit weniger wohlwollend. «Panzer-Puff und Nato-Zoff», titelte 20 Minuten, als Politiker über das Chaos im VBS öffentlich herzog. Die Aargauer Zeitung bezeichnete sie als «Ministerin für Selbstverteidigung».

Für Amherd sind immer die anderen schuld. Das zeigte sich auch in der Causa Ruch, bei der ihr Umfeld sofort mit den Fingern auf die hochkarätig besetzte Findungskommission wies. Es sieht auch ganz danach aus, als habe sie ihren Stabschef Toni Eder, der als Mitglied dieses Gremiums die Ruch-Pleite mit verantworten muss, als Sündenbock geopfert. Natürlich streitet das VBS einen Zusammenhang ab, obwohl der Abgang zeitgleich mit der Ruch-Pleite kommuniziert wurde. Normalerweise bleiben die Topkader bis zum Ende der Amtszeit eines Magistraten.

Mitte-Präsident Gerhard Pfister weist daraufhin, dass Eder schon vorher im Uvek unter Bundesrätin Doris Leuthard Generalsekretär gewesen ist. «Insofern durchaus verständlich, dass man so einen Job befristet ausüben will», findet der Zuger. «Zudem sind gegenwärtig wichtige Projekte des VBS erfolgreich abgeschlossen, und grosse neue stehen an.» Schön und gut. Aber wenn er von sich aus ging, weshalb muss man ihm dann eine Abfindung in Höhe eines Jahresgehalts zahlen? Es kommt langsam etwas viel zusammen.

So ist die Geschichte um den unerwarteten und abrupten Rücktritt von Ruag-Chefin Brigitte Beck noch nicht abgehakt. Sie gelangte unter Amherd Bereits ist ein neuer Name für den Posten des Staatssekretärs im Umlauf: Botschafter Thomas Greminger. als Vorzeigefrau auf diesen Chefposten. Dann brach ein Sturm der Entrüstung über Beck herein, weil sie sich zum Aufruf erdreistet hatte, Deutschland oder Spanien sollten Schweizer Rüstungsgüter doch einfach in die Ukraine liefern, obschon dies per Vertrag verboten ist. Beck beanstandete die Neutralitätspolitik des Bundesrats, obwohl sie Chefin eines Bundesbetriebs war.

Amherd tat lange so, als ginge sie das nichts an. Hatte nicht die Gender-affine Bundesrätin die Wahl von Beck als CEO der bundeseigenen Rüstungsschmiede abgesegnet? Davor hatte sie bereits den von ihrem Amtsvorgänger Guy Parmelin (SVP) eingesetzten Chef des Nachrichtendienstes (NDB), Jean-Philippe Gaudin, abserviert. Als Nachfolger setzte sie Botschafter Christian Dussey an die Spitze des NDB und gleiste auch noch eine Reorganisation des Amtes auf, die bis heute für Unruhe und Aufregung sorgt, wie die NZZ kürzlich kommentierte. Eine weitere, schon fast groteske Episode lässt darauf schliessen, dass die Verteidigungsministerin ihr Departement nicht führt. Oder wie sonst wäre es möglich, dass der deutsche ETH-Dozent Marcus Keupp, ein Angestellter Amherds, ständig gegen Russland wettet, obwohl er zur Neutralität verpflichtet ist? «Wir sind jetzt auf dem guten Weg» Als Beraterstab hat Amherd eine militärisch unerfahrene Truppe um sich geschart, die sie nach Parteibuch (Mitte) und/oder Herkunft (Wallis) auslas.

Das jüngste Beispiel ist die Ernennung von Daniel Büchel zum VBS-Generalsekretär in Nachfolge von Toni Eder. Der Berner Büchel ist ein von Doris Leuthard geförderter CVP/Mitte-Apparatschik. Amherds oberste Maxime in der Sicherheitspolitik waren lange Zeit die Frauenförderung und die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses - also eine Bioarmee. Fairerweise muss man auch erwähnen, dass sie dabei auch ein paar «faule Eien» im VBS ausgemustert hat. Der Krieg in der Ukraine hat aber gezeigt, dass die Armee nicht da ist, wo sie sein sollte.

Armeechef Thomas Süssli schreckte vor einigen Monaten alle auf, als er der Öffentlichkeit verkündete, dass man sich nur wenige Wochen selbständig verteidigen könne. «Wir sind jetzt auf dem guten Weg», findet hingegen der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Oberst Dominik Knill. «Die Verteidigungsfähigkeit wurde gestärkt.» Anders als früher, da man nur von Sparen und Streichen sprach, werde heute gefragt, was für die Verteidigung des Landes nötig sei, und würden die entsprechenden Mittel vom Parlament gesprochen. Der Nächste, bitte Mit ihrer Offensive zum Aufbau eines neuen Staatssekretariates für Sicherheit hat Amherd viele Parlamentarier und Armeeangehörige verstört.

Der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, Werner Salzmann, fühlte sich überrumpelt. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft befürchtet, dass das Staatssekretariat finanziell zu Lasten des Armeebudgets gehen könnte. Die Zweifel sind nach dem Abgang von Ruch nicht kleiner geworden. SVP-Nationalrat und Offizier Thomas Hurter hält ein neues Staatssekretariat für überflüssig. «Das ist meines Erachtens ein Schwächezeichen des VBS-Generalsekretariats», sagt der Schaffhauser.

«Wenn dieses Amt seine Aufgabe richtig macht, benötigt es kein weiteres Staatssekretariat.» Doch Amherd denkt nicht daran zurückzukrebsen. Bereits ist ein neuer Name im Umlauf, der anstelle von Ruch neuer Staatssekretär für Sicherheitspolitik werden könnte, Botschafter Thomas Greminger, der frühere Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Ganz nach der Devise: Augen zu und durch..